

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 888 946 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Ilse Janz MdB zu dem neuesten Vorentwurf eines Gleichberechtigungsgesetzes der Bundesfrauenministerin: Wirkliche Verbesserungen nicht beabsichtigt

Seite 1

Malte Ristau und Klaus-Jürgen Scherer zu Bedarf und Möglichkeiten der Erneuerung am Beispiel der SPD; Modernisierung der Volksparteien? (Teil I).

Seite 2

Dr. R. Werner Schuster MdB zur Verknüpfung globaler "Themen" mit Bürger-Aktivitäten vor Ort: Die Nichtregierungsorganisationen stärken.

Seite 5

47. Jahrgang / 85

5. Mai 1992

Wirkliche Verbesserungen nicht beabsichtigt Zu dem neuesten Vorentwurf eines Gleichberechtigungsgesetzes der Bundesfrauenministerin

Von Ilse Janz MdB

Mit ihrem neuesten Entwurf für ein Gleichberechtigungsgesetz geht Frau Ministerin Merkel noch hinter ihre früheren unzureichenden Vorschläge zurück. Von einer Quote ist selbstverständlich noch immer nicht die Rede. "Flexible" Vorgaben sind nach wie vor das Motto. In der Begründung heißt es "die Zielvorgaben können wegen unterschiedlicher Ausgangslage für die Dienststelle und die einzelnen Bereiche nicht starr, sondern nur flexibel ausgestaltet werden." Im Klartext heißt das: jeder Dienststelle soll es überlassen bleiben, ob sie sich an die Frauenförderpläne hält oder nicht. Personalwirtschaftliche Überlegungen können vorgeschoben werden, um Frauenförderung weiter zu verhindern.

Zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft sieht der Entwurf keinerlei Regelungen vor: Weder eine bevorzugte Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Krediten an Unternehmen, die gezielte Frauenförderung betreiben, wie es die SPD-Bundestagsfraktion schon in ihrem Gleichstellungsgesetzesentwurf von 1988 vorgesehen hat. Noch Frauenförderpläne und Frauenbeauftragte in privaten Betrieben und Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes für eine bessere Vertretung von Frauenbelangen.

In der so wichtigen Frage der Beweislastumkehr bei Diskriminierungen ist das Papier noch immer weiß. Wo es um Rechtspositionen für Frauen geht, verschließen sich die Minister-Kollegen.

Obwohl mehrere Gleichstellungsgesetze auf Landesebene bereits die Wahl einer Frauenbeauftragten vorsehen, zum Beispiel in Bremen, soll nach dem Merkel-Entwurf die Frauenbeauftragte noch immer von der Behörde bestellt werden. Offenbar hat es jetzt einigen Druck gegeben, so daß Frau Merkel eine Wahl nicht mehr rigoros ablehnen kann. Nichts leichter als das: Erst wird gewählt, dann wird bestellt! Nur: Der Zweck einer Wahl ist, daß die Frauen selbst über ihre Beauftragte entscheiden, nicht aber die Behörde. Nach dem Merkel-Entwurf kann die Behörde aber von dem Wahlergebnis abweichen, wenn "schwerwiegende Bedenken gegen die Einigung für das Amt der Frauenbeauftragten offenkundig sind". Das letzte Entscheidungsrecht liegt also bei der Verwaltung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verkaufsstelle
mit verschieblichen
Kartenzahlung
Kartenzahlung



An dem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz konnte die Frauenministerin nicht einfach vorbeisehen. So wurden die Vorschriften etwas erweitert. Weder die Prävention ist jedoch ausreichend, noch enthält der Entwurf ein effektives Beschwerdeverfahren mit einer Beschwerdekommision, wie es in unserem Antrag vorgesehen ist.

Der neueste Ansatz im Bundesfrauenministerium ist, Kann-Bestimmungen zu Ist-Bestimmungen zu machen, diese dann aber wieder durch Ausnahmeregelungen aufzuweichen. So ist die Ermäßigung der Arbeitszeit und die Beurlaubung aus bestimmten familiären Gründen eine Ist-Bestimmung geworden, aber nur, "wenn nicht im Einzelfall zwingende dienstliche Belange der Antragbewilligung entgegenstehen". Damit hat die Behörde wieder eine Handhabe zur Versagung. Denn die gängige Argumentation ist schon seit langem, daß Teilzeitarbeit - insbesondere in höheren Besoldungsgruppen - nicht vereinbar mit den dienstlichen Erfordernissen sei. Auch das Benachteiligungsverbot bei ermäßigter Arbeitszeit gilt nur "grundsätzlich", läßt aber Ausnahmen zu. Die Rückkehr zur früher ausgeübten Vollzeitbeschäftigung gilt nach dem neuen Entwurf nur "im Rahmen der verfügbaren Stellen".

In der allgemeinen Begründung im Gesetzentwurf heißt es: "Die Regelungen zur Förderung der Teilzeitarbeit, Fortbildung und zum beruflichen Kontakt während der familienbedingten Beurlaubung schreiben die bisherige praktische Frauenförderung auf Grundlage der geltenden Richtlinie und der Auswertung des Berichts der Bundesregierung vom Herbst 1990 gesetzlich fest. Sie haben für die kostenmäßige Beurteilung ebenfalls keine nennenswerte Bedeutung". Diese Sprache ist klar: Wirkliche Verbesserungen gegenüber der heutigen Situation sind nicht beabsichtigt.

(-/5. Mai 1992/rs/fr)

Modernisierung der Volksparteien? (Teil I) **Zu Bedarf und Möglichkeiten der Erneuerung am Beispiel der SPD**

Von Maik Ristau und Klaus-Jürgen Scherer
Referenten im Planungstab des SPD-Parteivorstandes

Gesellschaftlicher Wandel und Parteien

Komplexität und Veränderungsgeschwindigkeiten unserer Gesellschaft haben enorm zugenommen. Struktureller Wandel wird tiefgreifender und umfassender, Umorientierungen erfolgen in immer kürzerem Rhythmus. Aus Sicht der Parteien ist die gesellschaftliche Gemengelage unübersichtlicher denn je. In dem Maße wie individuelle Lebensweisen, Lebenssinn und Lebensplanungsfragen sowie gesellschaftlicher Status, Orientierungs- und Bindungsfragen als individuelle und höchstpersönliche Entscheidungsprobleme definiert werden, unterliegen kollektive Instanzen wie Gewerkschaften, Parteien und Kirchen einem Geltungsverlust, der sich in Organisationsdistanz kundtut. Alle Großorganisationen stehen einigermaßen ratlos vor den instabilen Produkten 'ihrer' Gesellschaftspolitik. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wächst zusätzlich ein großes Anomiepotential heran mit schwer kalkulierbaren Auswirkungen. Die Parteien sehen sich in den 90er Jahren einem deutlich veränderten Handlungsumfeld (Themenorientierungen, Aktivitätspotentiale, Bildungen) mit geringerer Eindeutigkeit für Mobilisierungsstrategien gegenüber. Die zu Rate gezogenen Marktforschungsinstitute (zum Beispiel Sinus) sprechen von 'hybriden Konsumenten', was nichts weiter besagt, als daß jene schwer zu berechnen sind. Konsequenz für die Parteien: Sie müssen lernen, das Chaos zu managen. Daneben stellen Informationen und Sachverstand, massenmediale Publizität, mobiles und punktuell handelndes sowie auf Wahlen bezogene professionelle Politik das Ideal des als Parteiaktivisten tätigen Citizen immer mehr in Frage.

Zur Notwendigkeit der Erneuerung der SPD

Zwar steht die sozialdemokratische Partei nach wie vor, was ihre Mitgliederzahl angeht, respektabel da, wenn auch die Unionsparteien in organisatorischer Hinsicht aufgeholt haben. Insgesamt leiden alle Parteien nach dem Hoch der 70er Jahre an Mitgliederschwund, der zur handfesten Organisationsschwäche zu werden droht. Nach vorsichtigen Modellrechnungen müssen die Parteien innerhalb der kommenden zehn Jahre mit dem Verlust von einem Drittel ihrer Mitglieder rechnen. Genauso wichtig wie der quantitative Aspekt ist die qualitative Zusammensetzung: Alle neueren Studien signalisieren, daß die Parteien nur sehr bedingt die gesellschaftliche Differenzierung nach sozialstrukturellen Merkmalen einerseits, nach Lebensstilen und Wertorientierungen andererseits, repräsentieren. Es entstehen absehbar Modernisierungs- und Anpassungsstaus.

Aus dem Rohmaterial der neuen SPD-Parteistudie: 'Aus Erfahrungen lernen', in der mehrere tausend Mitglieder und Funktionäre befragt wurden, lassen sich auf empirisch abgesicherter Grundlage Handlungsfelder entwickeln, vor allem:

- Die (selbst wahrgenommenen) Aktivitätsprofile der Ortsvereine (Dominanz von Personalentscheidungen; Marginalität von Zielgruppenarbeit und kulturellen Aktivitäten); Stichwort: Binnenorientierung.
- Die Verankerung in gesellschaftlichen Kommunikationsfeldern (Vereine, Organisationen, Initiativen etc.); Stichwort: Bindungsfähigkeit.
- Kompetenz und Qualifizierungsbedarf der Mitglieder und Funktionäre (intellektuelle und artifizielle Kreativität); Stichwort: Wirkungsfähigkeit.
- Die Entwicklung des 'aktiven Kerns' der Partei anhand sozialstruktureller Merkmale (insbesondere Alter, auch Geschlecht, Sozialstatus); Stichwort: Repräsentativität. In der Parteienforschung und der öffentlichen Debatte wird der Begriff der Krise - zuweilen inflationär - eingesetzt. Unter Krise verstehen wir die dramatische Zuspitzung einer Situation mit dem Risiko des Scheiterns. Uns scheint, es geht um etwas anderes:
- um die oben skizzierten sozialen Veränderung bei den Bürgern als Nebenfolge gesellschaftlicher Modernisierung und
- um immanente Strukturprobleme von Großorganisationen, die immer wieder bewältigt werden müssen (unter anderem Leistungsdefizite, Unbeweglichkeit, Glaubwürdigkeitslücken, mangelnde Unverwechselbarkeit, Oligarchisierung, Bürokratisierung). Wenn man so will, geht es also um "neue Politik in alten Parteien" (Hermann Schmidt). Darum, in der Modernisierungsdebatte der SPD nicht nur neue Organisationskonzepte zu entwickeln, sondern in einen mehrdimensionalen Lernprozeß der Selbstüberprüfung einzutreten. Dieser sollte allerdings keinesfalls vorschnell zu einem Abschied vom identitätsstiftenden Kern des demokratischen Sozialismus, wie er im Berliner Grundsatzprogramm 1989 formuliert wurde, führen. Die Modernisierung sozialdemokratischer Parteistrukturen bezieht sich darauf,
- die Prozesse der sich beschleunigenden gesellschaftlichen Modernisierung analytisch besser zu durchdringen,
- soziale Veränderungen und neue Interessenlagen gesellschaftlicher Gruppen und Milieus besser aufzugreifen,
- Politikinhalt derart zu formulieren und im gesellschaftlichen Diskurs zu implementieren, daß sie tendenziell mehrheitsbildend wirken können,
- die Parteiorganisation einschließlich der Parteizentrale derart umzugestalten, daß sie Ansprüchen von Professionalität, Effizienz, Beteiligung und Öffnung besser genügt.

Grundzüge sozialdemokratischer Erneuerung für die 90er Jahre

Wir verstehen Partei-Erneuerung nicht im Sinne eines einmaligen Kraftaktes, sondern als konjunkturellen Wechsel von Ruhe- und Lern- sowie Veränderungsphasen mit Motivations- und Innovationsschüben. Akteure und Impulszentren können und sollen dabei wechseln. Gleicher

maßen legitim sind Anstöße aus der Zentrale, aus den regionalen Gliederungen oder von Personengruppen. Für den entsprechenden Prozeß gibt es kein Ende, sondern nur einen relativen Zustand von Modernität in der Diskurs- und Interventionsfähigkeit.

Kürzlich hat der Publizist Peter Grafe die SPD als eine 'gespaltene Organisation' charakterisiert: hier die politische Elite und die Profis in Gremien, Fraktionen, Administrationen, dort das politische Vereinsleben der Amateure an der Basis. Grafe empfiehlt den Abschied von den alten Mustern und als zeitgemäßen Ersatz die Konzentration auf politische Dienstleistungsfunktionen. Der Christdemokrat Peter Radunski kam zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Die Mitglieder- und Massenpartei habe sich überlebt. Politik solle den Profis, vor allem in den Fraktionen überlassen werden.

Demgegenüber folgt das Berliner Grundsatzprogramm der SPD einem anderen Leitbild: 'Politik, die mehr sein will als der Vollzug wirklicher oder angeblicher Sachzwänge, muß getragen durchgesetzt werden von Bewußtsein und Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sie wird möglich als Resultat eines Bürgerdialogs...'. Es macht wenig Sinn, gegen professionelles Auftreten, entsprechende Qualifizierungsvoraussetzungen, oder jede Form von 'Symbolischer Politik' zu Felde zu ziehen. Natürlich halten auch persönliche Ausstrahlung und programmatische Kurzformeln eine Partei zusammen und steigern deren Attraktivität nach außen. Aber gleichberechtigt hinzutreten muß - quasi als ein sozialdemokratisches Markenzeichen - der diskursive Stil der Politik, der auf die aktive Teilnahme möglichst vieler Mitglieder und Freude setzt.

Der Versuch, diese Ressourcen mit dem gesellschaftlichen Wandel in Einklang zu bringen, läßt drei Dimensionen vorrangig erscheinen:

1. Partizipation: Zu tradierten Wegen der politischen Einflußnahme und zum standardisierten Verhaltensrepertoire der 'politischen Klasse' gehen zunehmende Teile der Bevölkerung (zum Beispiel jüngere Frauen) auf Distanz. Dies ist eine starke Herausforderung an Beteiligungsangebote und die Phantasie der politischen Akteure. In der SPD gibt es bereits eine ganze Reihe konkretisierter Vorschläge zum Aspekt partizipatorischer Aktivitäten, in der aktuellen Diskussion besonders zur Personalrekrutierung: Urwahlen von Kandidaten beziehungsweise Repräsentanten; Amtszeitbegrenzung für Mandatsträger; Trennung von Partei und Fraktionsämtern; Listenplätze für Experten beziehungsweise Quereinsteiger; Nachweispflicht von beruflicher und sozialer Erfahrung bei Kandidaturen; halboffene Listen zumindest auf kommunaler Ebene; Panaschieren, Richtwerte für die Beteiligung von Altersgruppen bei Ämtern und Mandaten. Umfragen belegen, daß in der Partei die Ausweitung plebiszitärer Elemente sowie das Instrument der Urabstimmung bei zentralen Themen auf große Zustimmung stößt.

2. Neue Beweglichkeit: Die Bedeutungssteigerung von 'one issue'-Betroffenheit, das intensive Interesse an einem konkreten politischen Thema, sowie daran, sich zeitlich befristet und ergebnisorientiert zu engagieren, erfordert zusätzliche und andere Strukturen im Vorfeld der Parteien (Foren, Projekte, Gesprächskreise, Clubs). Vielleicht sollten an von einer Gebrauchswert orientierten neue Beweglichkeit in Arbeitsformen und Veranstaltungsangeboten (Projektarbeit, Produktorientierung, Handlungsorientierung) sprechen.

3. Funktionale Differenzierung: Neue Angebote der Partei können nicht mehr in jedem Fall für alle da sein, sie müssen neuen Milieu-Entwicklungen mitsamt modifizierten und differierenden Lebensstilen begegnen. Im Seniorenbereich der SPD wird dies beispielsweise derzeit bereits versucht (s.u.).

Auch muß die Parteiorganisation weiter dezentralisiert, regionalisiert, ja lokalisiert werden. Unterschiedliche regionale Profile, die den anders gelagerten sozialen Wirklichkeiten gerecht werden, sind zu entwickeln. Hiermit sind unterschiedliche Aktivitätsschwerpunkte verbunden, was besonders das West-Ost-Verhältnis mittelfristig prägen dürfte: Der Begriff der Dienstleistung wird unterschiedlich gefüllt sein, im Westen wird wohl eher die Auswahl, die Qualifizierung und die Erneuerung des Personals im Mittelpunkt stehen, während im Osten zusätzlich der Aspekt 'Beratung' von zumindest höherer Bedeutung sein dürfte.

Kleiner Exkurs zum Modernisierungsbegriff

In den 80er Jahren erlitt der für sozialdemokratisches Selbstverständnis zentrale Begriff 'Reform' einen starken Bedeutungsverlust, während die Begriffskonjunktur von 'Modernisierung' ihren Höhepunkt offenbar noch keineswegs erreicht hat. Sicher hängt dies auch damit zusammen, daß der zielgerichtete Bewältigungsoptimismus, der auch bei der Reformpolitik der SPD mitschwang, heute den Zeitgeist nicht mehr trifft. Demgegenüber entzieht sich der Begriff 'Modernisierung' dem Ideologieverdacht und transportiert gewissermaßen als Gegensatz zum Mit-dem-Kopf-durch-die-Wand 'systemüberwindender Reformen' die Haltung des adäquaten Sich-Einstellen auf den sozialen Wandel: Bekanntlich wird Modernisierung im allgemeinsten wissenschaftlichen Sinn wertfrei definiert als "eine Umstrukturierung von Sozialsystemen nach neueren als den bisher wirksamen Prinzipien".

Begriffliche Scheingefechte zwischen Programmformulierungen einer 'Modernisierung' der Industriegesellschaft und Positionen des 'Umbaus' der Industriegesellschaft vor rund zehn Jahren waren nur vorübergehender Natur. Im Mittelpunkt des Zukunftsprojektes der SPD steht spätestens seit dem Regierungsprogramm-Entwurf Fortschritt '90 der 'ökologische Umbau der Industriegesellschaft'. Auch die politikfähige sozialökologische Kritik begriff, daß eine Renaissance antimoderner romantisierender Positionen nichts bringt, es vielmehr um den "Weg in eine andere Moderne" (Ulrich Beck) geht.

Relevant ist in jedem Fall die Unterscheidung, wie weit Modernisierung nur symbolisch und oberflächlich bleibt beziehungsweise wie weit "reflexive Modernisierung" (nochmals Beck) entsteht, die von vornherein, Modernisierungsrisiken in die wissenschaftliche Analyse und politische Bearbeitung einbezieht. Ein derartiges Verständnis von bewußter Modernisierung formulierte bereits der amerikanische Modernisierungstheoretiker Samuel N. Eisenstadt vor rund zwanzig Jahren: "Modernisierung bedeutet nicht nur Entwicklung von (...) verschiedenen Indices sozialer Mobilisierung und wachsender struktureller Differenzierung, sondern auch Entwicklung eines sozialen, ökonomischen oder politischen Systems, das nicht nur ständigen Wandel hervorbringt, sondern auch - anders als viele andere Typen von sozialen oder politischen Systemen - fähig ist, über seine eigenen institutionellen Vorgaben hinaus Wandel zu verarbeiten".

(-/5. Mai 1992/rs/fr)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

Die Nichtregierungsorganisationen stärken
Zur Verknüpfung globaler "Themen" mit Bürger-Aktivitäten vor Ort

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

Globale Themenbereiche müssen mit der Alltagserfahrung und den Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger 'vor Ort' verschmolzen werden. Deshalb engagiere ich mich auch für Aktivitäten zur Unterstützung und Förderung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) im Bereich der Entwicklungspolitik. Um die Benachteiligung von NROs durch bürokratische Hürden zu beenden wurde ein Antrag der SPD-Fraktion erarbeitet, durch den die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Gesamtkonzept zur verstärkten Förderung von privaten Trägern der Entwicklungszusammenarbeit vorzulegen. Im Rheingau-Taunus-Kreis und im Kreis Limburg-Weilburg, meinem Wahlkreis, würden zahlreiche NROs von diesen Initiativen des Entwicklungspolitik profitieren. Der Antrag hat diesen Wortlaut:

Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) der Bundesrepublik Deutschland leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Dies gilt auch, wenn

man sich die Gefahr einer möglichen Überforderung der NRO durch zu hohen Erwartungsdruck bewußt ist.

Die meisten von Ihnen realisieren - in der Regel in Zusammenarbeit mit NRO im Zielland - erfolgreich praktische Entwicklungsprojekte. Wenn auch die Projektarbeit vom Umfang und Umsatz her um Größenordnungen hinter denen der professionellen, staatlichen Organisationen wie der GTZ liegen, können sie unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten keine größere Effektivität haben. Ihre Projekte sind kleiner und überschaubarer und überfordern von daher weniger oft den entwicklungspolitischen Partner, sind von vornherein auf partnerschaftliche Zusammenarbeit angelegt und stellen durch das ehrenamtliche Element auf beiden Seiten bezogen auf den Kapitaleinsatz eine wesentlich höhere Beratungs- und Betreuungskapazität sicher.

Vor allem aber stellen sie als basisnahe Organisationen wichtige Multiplikatoren in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Sensibilisierung für die Dritte-Welt- (besser Eine-Welt) Thematik dar. Dieser letztere Gesichtspunkt ist für die langfristige Entwicklungszusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Grundlegende Verbesserungen in den Entwicklungsländern setzen ein anderes Verhalten im Norden voraus. Dies erfordert seinerseits eine Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung. Nach allen bisherigen Erfahrungen kann diese Bewußtseinsänderung vor allem durch persönliche Betroffenheit über solche lokalen Initiativen erreicht werden. Von daher ist eine Förderung dieser privaten Initiativen einer der zentralen, strategischen Ansatzpunkte einer rationalen Entwicklungspolitik.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Ein Gesamtkonzept für eine Reform der Förderung von privaten Trägern der Entwicklungszusammenarbeit zu erstellen und so rechtzeitig zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen, daß bei den Beratungen des Bundeshaushalts 1993 Berücksichtigung finden kann. Dieses Gesamtkonzept soll sich an folgenden Vorgaben orientieren:

1. Eine grundsätzliche Änderung der Rahmenbedingungen der Förderung durch das BMZ (Richtlinien) mit größerer Flexibilität, soll die Arbeit der NRO nicht nur erleichtern, sondern darüber hinaus positiv ermutigen.
2. Zur Beratungs- und Durchführungskontrolle von Vorhaben der NRO ist eine finanziell und personell ausreichend ausgestattete Beratungsstelle einzurichten und durch das BMZ institutionell zu fördern. Diese Beratungsstelle soll Globalmittel durch das BMZ erhalten und befugt sein, diese an NRO (nach gründlicher formaler und inhaltlicher Prüfung und Beratung) zur Durchführung ihrer Vorhaben in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit weiterzugeben. Für dieser Beratungsstelle ist ein "Aufsichtsrat" durch gewählte Vertreter der NRO, des AWZ und des BMZ vorzusehen.
3. Vor dem Hintergrund der bisher viel zu geringen öffentlichen Förderung kleinerer NRO, wird vorgeschlagen, den Titel 686 06 (Förderung privater deutscher Träger) drastisch aufzustocken. Eine Förderung von Süd-NRO aus diesem Titel soll über Nord-NRO ermöglicht werden. NRO, die Mittel aus diesem Titel für ihre Arbeit in Anspruch nehmen wollen, müssen bestimmte Kriterien erfüllen, wie zum Beispiel mehrjährige, kontinuierliche und überprüfbare Arbeit, relevanten Mitgliederzahl etc.
4. Ein neuer Haushaltstitel: "Förderung der Öffentlichkeitsarbeit von Privaten Träger der Entwicklungszusammenarbeit" ist im Epl 23 einzustellen.
5. Der bisherige Titel 685 10 (entwicklungspolitische Bildung) ist zu erhöhen.
6. Die Förderung der zur Durchführung von entwicklungspolitischer Bildungs-, Öffentlichkeits- und Projektarbeit notwendigen sachlichen und personellen Verwaltungskosten ist durch entsprechende Richtlinien zu ermöglichen.

(-/5. Mai 1992/rs/fr)
